

und Konfessionslosen anspricht, wie die Kirchenmitglieder stärkt und ihre Verbindung zur Kirche enger gestaltet“. Es ist von der so schwierigen wie unerläßlichen Aufgabe die Rede, das richtige Gleichgewicht zwischen binnenkirchlicher Sammlung und missionarischer Sendung zu finden. Das Bemühen um dieses Gleichgewicht müßte alle Überlegungen der evangelischen Kirche in Ostdeutschland zur Neustrukturierung ihrer Arbeit angesichts massiver finanzieller Zwänge leiten. Gesundshrumpfen allein ist sicher keine Lösung.

Die Arbeitsgruppe „Kirche von morgen“ hat ihre Reformvorschläge mit Blick auf die besondere Situation der evangelischen Kirche in Ostdeutschland formuliert. In einem epd-Interview (10.2.95) gab jetzt *Hermann Barth*, Vizepräsident des EKD-Kirchenamtes, zu Protokoll, die Vorschläge der Arbeitsgruppe seien auf den Westen nicht übertragbar: „Es darf nicht unter der Hand so getan werden, als wäre das Konzept Minderheit mit Zukunft in Wahrheit das Programm für die Evangelische Kirche in Deutschland.“ Aber Überlegungen zur Reform der Volkskirche werden auch in westlichen EKD-Gliedkirchen angestellt, etwa in Hessen-Nassau (vgl. HK, Februar 1993, 65 ff.). Man kann also auf die künftige Ost-West-Diskussion in dieser Frage gespannt sein. *ru*

Globale Sicherheit

Sind vom Weltsozialgipfel in Kopenhagen konkrete Ergebnisse zu erwarten?

Die große Medienresonanz im Vorfeld blieb ihm versagt, dem Weltsozialgipfel der Vereinten Nationen, der vom 6. bis 12. März in Kopenhagen abgehalten wird. Das kann kaum an Größe und Aufwand liegen, unterscheidet er sich darin doch keineswegs von den anderen UN-Mammutkonferenzen. Neben den unzähligen staatlichen De-

legationen, Vertretern internationaler Nichtregierungsorganisationen und der Medien werden beim ersten Weltgipfel für soziale Entwicklung alleine über 100 Regierungschefs erwartet. Daß sich unter diesen auch der deutsche Kanzler *Helmut Kohl* befinden wird, war lange Zeit gar nicht so selbstverständlich. In Bonn hätte man – federführend für die Konferenz ist das *Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung* – den Gipfel gerne etwas „niedriger“ gehängt.

Der Grund für das mediale Schatten-dasein liegt wohl in der *thematischen Ausrichtung* der Konferenz. Nicht, daß es ihren Themen und ihrer Zielsetzung an Brisanz und Dringlichkeit fehlen würde: Lösungen zu einer nachhaltigen Entwicklung aller Menschen weltweit, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Beseitigung der Armut und der Integration der sozial Schwachen sollen gesucht werden. Vieles jedoch, allzu vieles läßt sich unter diesen Stichworten ansprechen, und gerade deshalb wohl blieb die Konferenz im Vorfeld für die breite Öffentlichkeit so unanschaulich, sahen Skeptiker die Gefahr, man werde in Kopenhagen vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen.

Auch nach der dritten Vorbereitungskonferenz schienen nur zwei grundsätzliche Erwartungen klar faßbar zu sein: Die der Industrienationen, nicht wieder mit der Forderung nach Aufstockung ihrer Budgets für Entwicklungshilfe konfrontiert zu werden und die der Entwicklungsländer, eben genau dieses zu erreichen. Damit waren jedoch auch schon Klarheit und Einmütigkeit gerade unter den letzteren erschöpft.

Die Entwürfe für Abschlusßerklärung und Aktionsplan blieben zu „unverbindlich“, überdies klammerten sie wichtige Bereiche wie etwa die sozialen Probleme in den Industrieländern aus, kritisierte das „Deutsche NRO-Forum Weltsozialgipfel“ – eine ad hoc gebildete Plattform von mehr als 40 Nichtregierungsorganisationen, vom DGB über verschiedene entwicklungspolitische Organisationen bis zu Misereor und Caritas international –

auf seinem letzten Treffen vor dem Gipfel im Februar. Von Anfang an forderten die NROs, aus der Konferenz dürfe kein Nord-Süd-Gipfel werden. Insgesamt sollten sich die zehn Verpflichtungen, die die 184 Regierungen in Kopenhagen vermutlich eingehen werden, stärker an „sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit“ orientieren.

Bereits im Sommer des vergangenen Jahres hatte die NRO-Plattform in einer 14seitigen Erklärung ihre Vorstellungen von Verlauf und Ergebnis des Gipfels, von konkreten Handlungsplänen, die verbindlich werden müßten, aufgelistet: die Konferenz sei „die Chance, der sozialen Entwicklung als Überlebensfrage der Menschheit politische Priorität zu geben“. Im wesentlichen entsprechen diese Zielvorstellungen den Forderungen, die bereits der „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (UNDP) unter dem Stichwort eines „neuen Konzeptes der menschlichen Sicherheit“ zusammenfaßt hat.

Auf sechs Punkte wollten die UNDP-Autoren dabei die Tagesordnung für Kopenhagen „beschränken“: An erster Stelle eine neue *Weltsozialcharta*, die einem umfassenden Sicherheitsverständnis Rechnung tragen soll – dem Bedürfnis aller Menschen nach Arbeitsplatz-, Einkommens-, Gesundheits-, Umweltsicherheit und der Sicherheit vor Verbrechen. Die Grundlagen einer solchen Charta sieht der Weltentwicklungsbericht dabei in dem 1976 in Kraft getretenen Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Das NRO-Forum fordert zu diesem Pakt die Einführung eines *Fakultativprotokolles*, das Individualbeschwerden gegen staatliche Verletzungen und Brüche dieser Rechte beim UN-Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ermöglichen würde.

Als weitere Punkte für die Kopenhagener Agenda forderten die UNDP-Autoren: Mobilisierung der Friedensdividende und konkrete Festlegung der Ziele für die Senkung der globalen Mi-

litärausgaben, die Einrichtung eines globalen *Fonds für menschliche Sicherheit*, dem zum einen eben die Friedensdividende zugute kommen sollte, der zum anderen aber auch durch Steuern auf internationales Spekulationskapital oder eine Globalsteuer auf Energie finanziert werden könnte.

Neben der Errichtung eines „stärker integrierten und leistungsfähigeren UN-Entwicklungssystems“ schrieb der UNDP-Bericht zudem die Schaffung eines *UN-Wirtschafts-Sicherheitsrat* auf die Kopenhagener Tagesordnung.

Der konkreteste UNDP-Vorschlag, zu dessen Anwalt sich das NRO-Forum ausdrücklich erklärt hat, der jedoch bis zum Schluß keinen Eingang in die Dokuments-Entwürfe fand, ist der sogenannte „20-20-Vertrag“. Hinter der kurzen Formel verbirgt sich die Selbstverpflichtung der Geberländer, 20 Prozent ihrer Entwicklungshilfe für die menschliche Grundversorgung auszugeben, sowie die der Empfängerstaaten, 20 Prozent ihres nationalen Haushaltes in eben diese Bereiche, etwa dem elementarer Bildungsangebote, der Grundgesundheitsvorsorge u. ä. m. zu investieren.

Während jedoch die Vertreter der afrikanischen Staaten einen solchen Vertrag begrüßen würden, kam bereits massiver Protest von asiatischer Seite: dort betrachtet man einen solchen „20-20-Vertrag“ als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten. Aber auch bei den Geberländern stößt der Vorschlag nicht auf helle Begeisterung. Aus Bonn ließ man immerhin „kritisches Wohlwollen“ verlauten. Gleichviel was aus diesem wie auch den anderen Vorschlägen wird (über Verlauf und Ergebnis des Weltsozialgipfels berichten wir ausführlich in einer der nächsten Nummern) – entscheidend bleibt in jedem Fall das Versprechen des NRO-Forums, die hoffentlich möglichst konkreten und praktischen Ergebnisse von Kopenhagen einzuklagen und dafür zu sorgen, daß der Gipfel nicht Endpunkt, sondern Auftakt einer weiteren Entwicklung zu weltweitem sozialen Frieden wird. fo

Italien: Vor einer Neuformation der politischen Kräfte?

In Italien hat sich in den letzten drei Monaten weit mehr ereignet als eine der bislang üblichen periodischen Regierungskrisen. Die Kandidatur Romano Prodis als möglicher Premier der Linken Mitte, der Auflösungsprozeß unter den Popolari, der Nachfolgepartei der Democrazia Cristiana, und die Abspaltungen und Rückzüge in der Lega Nord signalisieren eine neue Etappe.

Der Rücktritt des Forza Italia-Chefs *Silvio Berlusconi* als Ministerpräsident und die ungemein mühsame Ablösung der ehemaligen Rechtskoalition aus Forza Italia, Lega Nord und Nationaler Allianz durch ein von vornherein als Übergangsregierung gedachtes Expertenkabinett unter der Führung von *Berlusconi*s Haushaltsminister und ehemaligem Gouverneur der Nationalbank, *Lamberto Dini*, war wenn schon nicht der Auslöser, so doch der entscheidende Beschleuniger für alles, was dem Regierungsrücktritt folgte.

Von der alten, „ersten“ Republik ist nicht viel mehr geblieben als der Verfassungsrahmen, eine halbwegs intakte öffentliche Verwaltung und – das wohl Entscheidende – die seltsam bekannten, wild anarchischen Verhaltensweisen der politischen Akteure, die unter den das alte Parteiensystem mit der DC als bestimmender Mitte ablösenden politischen Kräften nur noch etwas wilder geworden sind. Die Konturen einer „zweiten“ Republik, die mehr Stabilität verheißen soll, müssen aber erst noch Gestalt annehmen.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussetzen läßt sich zur Zeit nur soviel: Die italienischen Wähler werden bald wieder an die Urnen gerufen werden. Für den 23. April sind Regionalwahlen angekündigt, die nach einem gegenüber bisher leicht modifizierten Wahlrecht vor sich gehen werden. Im Juni, spätestens im Herbst, dürften dann Parlamentswahlen folgen, vermutlich ohne daß es bis dahin zu einer weiteren Wahlrechtsänderung (Mehrheits-

wahlrecht mit zwei Wahlgängen) gegenüber dem zur Zeit geltenden Mischmodus (drei Viertel der Sitze durch Direktwahl, ein Viertel der Sitze nach dem Verhältniswahlrecht) kommen wird.

Dem Kabinett Dini bleibt nicht viel Zeit

Dem Expertenkabinett *Lamberto Dini* wird nicht viel Zeit bleiben, um das Haushaltsdefizit und die Staatsverschuldung (von rund 130 Prozent des BSP) wenigstens so weit in den Griff zu bekommen, daß die internationale Kredit- und politische Glaubwürdigkeit des Landes erhalten bleibt und dieses nicht vollends um die Früchte des gegenwärtigen weltweiten Wirtschaftsaufschwungs gebracht wird, an dem auch Italien mit rund drei Prozent Wachstum Anteil hat.

An zwei Fronten ist allerdings allein bereits mit dem Regierungswechsel eine gewisse Beruhigung eingetreten. Außenpolitisch kehrt Italien unter *Dini* zu seinem klassischen kooperativen Stil zurück. Versuche nationalen Auftrumpfens (unter dem Einfluß vor allem alt- und postfaschistischer Kreise) sind einstweilen Episode geblieben. Die neue Außenministerin, *Susanna Agnelli*, eine Schwester des Fiat-Chefs *Giovanni Agnelli*, bringt als eine auch in den Außenbeziehungen erfahrene Politikerin das nötige Vertrauenskapital vor allem für die europäischen Part-